

PRESSEMITTEILUNG der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

NR. 0744

Datum: 24. Juni 2010

Frauenquote jetzt gesetzlich regeln

Zur Ankündigung der Justizministerinnen und Justizminister der Länder eine verbindliche Frauenquote in Aufsichtsräten und Vorständen von Unternehmen zu prüfen, erklärt Kerstin Andreae, Sprecherin für Wirtschaftspolitik:

Eine verbindliche Frauenquote ist die richtige Konsequenz aus dem Scheitern der freiwilligen Zusagen der Wirtschaft. Der Frauenanteil in Top-Positionen ist immer noch verschwindend gering. Hier können nur klare gesetzliche Vorgaben etwas ändern, das beweisen internationale Erfahrungen. Der Prüfauftrag der Länderfinanzminister geht deshalb nicht weit genug. Wir fordern die Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger auf, den Ländervorstoß aufzugreifen und dem Bundestag eine ambitionierte gesetzliche Frauenquote vorzuschlagen.

Auch in den Köpfen der Wirtschaft muss ein Umdenken einsetzen. Dafür muss eine "kritische Masse" von Frauen in Führungspositionen erreicht werden. Wir fordern, dass deutsche Aufsichtsratssitze ab 2017 zu mindestens 40 Prozent mit Frauen besetzt sein müssen. Eine vergleichbare Regelung muss auch für Vorstände gelten. Die Unternehmen werden davon profitieren. Es ist kluge unternehmerische Politik das Know-how und die Fähigkeiten von Frauen zu nutzen. Andere Länder sind da viel weiter. Wir brauchen die Quote um den Aufholprozess hierzulande spürbar zu beschleunigen und für die Unternehmen planbar zu machen.

Damit Chefsessel für Frauen interessant werden, müssen sich aber auch Strukturen ändern. Das beginnt mit besseren Betreuungsplätzen für Kinder, mit einer modernen Familienbesteuerung und mit Ausbildungschance jenseits der klassischen Rollenbilder.

(c) Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Pressestelle

11011 Berlin

T: 030 / 227 - 5 72 12

F: 030 / 227 - 5 69 62

<http://www.gruene-bundestag.de>

eMail: [presse@gruene-bundestag.de](mailto:presse@gruene-bundestag.de)